

# Vossische



# Zeitung

15 Pfennig  
(150 Milliarden)

Geçindlet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt mit Kurzettelt der Berliner Börsen und amerikanisches Funkdienst, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Recht und Leben, Turnen — Sport — Spiel, Für Reise und Wanderung.

Wöchentlich 1.— Goldmark durch unsere Boten, Bezug durch die Post 4.50 Goldmark. Bei Anfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf und amerikanisches Funkdienst, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische um-Zeile 15 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummern.

Verlag Ullstein, Chefredakteur Georg Bernhard, Verantw. Redakteur: Max A. Handelsblatt; Carl Misch, Berlin. Druck: Manuscripte werden zurückschickt, wenn Porto beiliegend.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Köpferstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhofsplatz 3600—3608. Für den Fernverkehr Amt Berlin 9398—9396. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postfachkonto Berlin 664.

## Der Nationale Bloß in der Winderheit.

### Das letzte Ergebnis.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“.

Paris, 12. Mai. Um 8 Uhr abends sind fünfzig Wahlkreise bekannt, mit Ausnahme von 9 Sitzen in den Kolonien und einem unbekanntem Sitz im Departement du Nord. Es sind gewählt Konstantine 11, Neufrankreich (Nationaler Bloß) 137, Interrepublikaner 92, bürgerliche Republikaner 34, Radikale und Sozialistisches-Parteiliste 127, Sozialistische Republikaner 39, Sozialisten 102, Kommunisten 29, Stichwahlen 4. Im ganzen 575.

### Die Verteilung der Mandate.

Gesamtzahl der Abgeordneten 584.

Rechtsblock:	Linksblock:
Rechts Zentrum . . . . . 137	Radik. u. Radikalsocialist. 127
Sinkes Zentrum . . . . . 92	Sozialistisch, Republikaner 39
Unabhängige Radikale . . . . . 101	Sozialisten . . . . . 102
Kommunisten . . . . . 29	
Stichwahlen . . . . . 4	

### Umbildung der Bloß-Radikalen.

Paris, 12. Mai. (B. T. B.) In der heute abend veröffentlichten Liste der bis jetzt gewählten Abgeordneten erscheinen die 33 gewählten bürgerlichen Radikalen

unter der Bezeichnung bürgerliche Republikaner. Daraus kann man schließen, daß die Bildung einer neuen Gruppe ins Auge gefaßt ist.

### Chequers abgefagt.

Ein Neuter-Communiqué.

London, 12. Mai. (B. T. B.)

Die Neuter erfährt, wird wegen der Wahlüberlage Poinecaré die Zusammenkunft mit Macdonald wahrscheinlich aufgegeben werden. Neuter fügt hinzu: Es ist fast sicher, daß eine Zusammenkunft des bürgerlichen und des französischen Premierministers binnen kurzem stattfinden wird, aber wenn eine neue französische Regierung ihrer Amt antritt, so muß die Zusammenkunft notwendigerweise verschoben werden, um dem neuen französischen Premierminister Zeit zu geben, sich zu unterrichten.

### Deute Ministerrat.

Braselmündung.

Paris, 12. Mai. (B. T. B.)

Ministerpräsident Poinecaré fährt heute abend aus dem Wohnapartement zurück. Morgen vormittag tritt im Elysee unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik ein Ministerrat zusammen.

## Schlichtungsaktion des Arbeitsministers.

### Einladung zum Mittwoch.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“.

aus dem Ruhrgebiet, 12. Mai.

Nachdem die Verhandlungen über den Mantelfarif und alle Bemühungen, den Kampf im Ruhrgebiet zu beenden, erfolglos geblieben sind, hat der Reichsarbeitsminister Dr. Brüning den Parteien eine Vermittlung zur Beilegung des Konfliktes angeboten. Der Reichsarbeitsminister hat die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Bergbau zu Beratungen auf Mittwoch, den 14. Mai nach Berlin geladen. Für 10 Uhr morgens ist eine Vorbesprechung mit dem Reichstänker Dr. Warg in der Reichstanzlei vorgesehen.

### Der erste Meinungsaustausch.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“.

8 Pfennig, 12. Mai.

Während bei den am Freitag aufgenommenen Mantelfarifverhandlungen über den Ruhrbergbau zwischen dem Regierung und den Bergarbeiterverbänden auf beiden Seiten streng werden worden ist, den augenblicklichen Konflikt zu berühren, erklärten die Arbeitnehmervertreter bei der heutigen Fortsetzung der Mantelfarifverhandlungen, angelehnt der heutigen Verhandlungen gebe es wichtigste Dinge als den Mantelfarif, und haben um die Stillnahme der Arbeiter bei dem letzten Konflikt. Vom Regierungsvorstand wurde auf diesen Sondierungsversuch der Gewerkschaften eine Erklärung abgegeben, aus welcher hervorgeht, daß der Regierungsvorstand am Sommer Schiedspruch des Reichsarbeitsministers festhalte, wie er ja auch die ihm aus diesem Schiedspruch erwachsenen Verpflichtungen übernommen habe.

Die Vertreter der Bergarbeiter erklärten daraufhin, daß sie unter diesen Umständen die Verhandlungen über die Bildung eines neuen Tarifvertrages als beendet anerkennen müßten, da sie nicht über die minder wesentlichen Punkte weiter verhandeln könnten, während die wichtigsten Punkte, die mit dem

gegenwärtigen Konflikt im Ruhrbergbau untrennbar zusammenhängen (Arbeitszeit, Kohlenprodukt, Urlaub usw.) außer acht gelassen werden.

### Die tschechischen Bergleute solidarisch

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“.

n Prag, 12. Mai.

Eine Konferenz der Bergarbeiter des Odrau-Rainieres Beckens nahm eine Resolution an, in der sich die Bergarbeiter mit ihren Kollegen im Ruhrgebiet, die sich gegen die Schließung der Arbeitszeit verteidigen, solidarisch erklären. Die Konferenz beschloß, daß während der Dauer des Streikes weder Kohle noch Rote aus der Tschechoslowakei nach Deutschland ausgeführt werden dürfen. Heute finden Beratungen der tschechoslowakischen Gewerkschaften über die Möglichkeit und die Art und Weise eines Vorgehens zugunsten der deutschen Bergarbeiter statt.

Im Januar d. S. (später veröffentlichten) liegen noch nicht vor), wurden nach Deutschland exportiert: 180 000 Tonnen Braunkohle, 66 000 Tonnen Steinkohle, 2600 Tonnen Briketts, zusammen 176 500 Tonnen im Werte von 31 Millionen Tschechos. Rote wurden im Januar 1600 Tonnen im Werte von 1/2 Millionen Tschechos. trennen ausgeführt.

### Spur:

### Sport, Spiel und Turnen:

Deutsches Geselligkeits-Verkehrs- und Turnverein in Lauenau.

### Die neue Kammer.

Wo liegen die Ergebnisse der französischen Wahlen nicht vollständig vor, wie immer bei der Abstimmung der Stimmen muß man sich bis zur letzten Stunde auf Lebenserwartung gefaßt machen. Über die Richtung des Wahlergebnisses ist doch schon erkennbar. Unzweifelhaft weißt die Liste, die man nach den bisher vorliegenden Ziffern folgt von einem überwiegenden Erfolg auf. In Frankreich. Einige der beauftragten Führer des nationalen Bloß sind durchgefallen, da ja das französische Wahlsystem auch nach Einführung des Proporz der Parteiengruppen noch nicht Paritätensystem auf Lebenszeit liefert. Die Stimmen des Bloß müssen jedoch nicht erst recht werden, und die Regierung hat Gelegenheit, sich davon zu überzeugen, wenn sie ins Palais Bourbon entsetzt. Wahlgewinner, wie die Wahl des nationalliberalen Bolschewik Kandidaten Marelli mit fünf vierhundertsechzig Stimmen, sind dabei unmöglich. Dagegen gibt es das nationale Bloß, die Aufstellung gewisser Listen aus Angehörigen verschiedener Gruppen, und durch dieses System des panache läßt es sich schwer überlegen, wenn tatsächlich in die neue Kammer gekommen ist. Denn auf manden Hüften der Radikalsocialisten stehen Angehörige des linken Zentrums, und hierzu erscheinen auf den linken Flügelgruppen des nationalen Bloß mit rechtslebende Politiker.

Vor allem aber darf man die Trennung einzelner Gruppen nicht so betrachten, wie etwa die Parteilichkeit in Deutschland. Die Gruppen zueinander sind Gruppen, die nicht weniger stark als bei uns, und der auch in Frankreich geltende Grundgedanke, daß die Abgeordneten nicht an irgend welche Aufgabe ihrer Wähler gebunden sind, wird errennt genommen und von den Deputierten mehr ausgeübt als von den Mitgliedern des Reichstages. Der hier existierende Konstitutionierung wird man nicht leicht das Gesicht der neuen Kammer erkennen. In jedem Falle aber kann man auf eine sehr erhebliche Schwächung des nationalen Bloß rechnen. Da der Bloß national in seiner bisherigen Zusammensetzung bestehen bleibt, erfordert dies Fraktion, wenn der bürgerliche Regierungsbloß, wie es den Anschein hat, in der Minderheit bleibt, wird wohl mancher sich lieber auf die Seite des Chequers schlagen, als in die Opposition gehen. Schon jetzt ist es auf dem linken Flügel des nationalen Bloß, bei den Unabhängigen Radikalen, zu finden, um über auch wenn es dem Bloß national doch noch möglich sein sollte, sich zu behaupten, so dürfte doch der Schwerpunkt in Zukunft auf seinem bisherigen linken Flügel liegen. Und selbst eine solche Regierung des nationalen Bloßs könnte nicht an dem starken Rückgang der Sozialistisches-Parteiliste (aus dem extremen bürgerlichen Vinken) und der Vereinigten Sozialisten (entsprechend unseren Sozialdemokraten) vorübergehen. Im ganzen haben die Kommunisten bisher 17 Mandate gewonnen, doch tritt diese Stärkung der äußersten Vinken in ihrer Bedeutung zurück hinter der großen Umfindung, die sich innerhalb der gemäßigten Gruppen ergibt. Die entgegengesetzten Verhältnisse haben die beiden großen Mittelgruppen, das Zentrum und das linke Zentrum, zu tragen, die zusammen weit über hundert Stimmen an, das Kartell der Vinken haben abgeben werden können. Die Sozialistisches-Parteiliste Gruppe der äußersten Vinken, die Sozialistisches-Parteiliste, ist sehr stark zusammengefallen. Von 31 Sitzen hat sie nicht weniger als 20 eingewirft. Auch Wandel selbst liegt auf der Verlustliste.

Die Karte der Radikalen links ist, geht besonders deutlich aus den von dem bloß national vorliegenden Materialien der Pariser Wahlkreise hervor. Paris war bisher, ähnlich wie bis zu den letzten englischen Wahlen London, eine Hochburg der Radikalen. Daneben waren in den Vororten ein paar Kommunisten durchgefallen. In der neuen Kammer werden von den 38 Abgeordneten nur 20 weniger als die Hälfte, den Parteien des nationalen Bloß abgegeben, während 19 Mandate dem Kartell der Vinken (Sozialistisches-Parteiliste und Sozialisten) zugefallen sind und 11 den Kommunisten.

Regional scheint die Linke am besten in den ländlichen Bezirken des Südens und im Rhône-Departement durchgefallen zu haben, wo der persönliche Einfluß Herriots, des Rates von Lyon den Sozialistisches-Parteilisten einen großen Sieg gebracht hat. In den „verhüllten“ Bezirken dagegen ist der Radikalen links nicht so stark geneigt, wie man vielleicht vermutet hat. Die gegenpolitische Bedeutung des französischen Wahlergebnisses wird man nicht über abwägen können, bevor nicht das Resultat endgültig feststeht und die Konstellation der einzelnen Gruppen sich klar herauskristallisiert hat. Der Wahlsystem ist fast ausschließlich ein Argument der Regierung, während die wichtigsten Punkte, die Steuerung, die Steuerung der





# Vom Ausnahmezustand.

# Moskau demonstriert gegen Deutschland.

Ministerialdirektor Dr. C. Gold, Berlin.

## Das Worowitz-Denkmal.

Drahtmeldung.

Moskau, 12. Mai.

Am Sonntag wurde in Moskau ein Denkmal für den gefallenen ersten Jahre in Lausanne ermordeten Sowjetlandführer Worowitz errichtet. Bei der Denkmalserrichtung, der eine große Menschenmenge beiwohnte, sprachen Kriwitsch, Krestin und Tschichowin. Letzterer betonte die Gelegenheit, die Wölfe gegen die deutsche Regierung wegen der „Bundlertätigkeit“ der deutschen Politiker“ aufzuheben, und kündigt die Erneuerung Worowitz mit dem Vorhaben, gegen die Berliner Handelsvertretung, in Zusammenhang als „wei“ verordnete Akte der Reaktion gegen die Sowjetrepublik im Ausland.“ Ein Teil der Demonstranten verfiel dem „Spontane“ vor der deutschen Botschaft zu demonstrieren, doch waren die Jungmänner zum Gebäude abgelenkt.

Am heutigen Sonntag kam Trotski gelegentlich einer auf dem Range der Banabereitungen gehaltenen Rede auf diese Demonstration und den deutsch-russischen Konflikt zurück und erklärte, die politische Annäherung bewirke, daß der Berliner Idealist“ von den Bolschewisten als wichtiges politisches Ereignis aufgefaßt werde und sie tief erregt. Die Sowjetregierung ist aber an der Beibehaltung des Konflikts nicht interessiert, fordert jedoch fortwährende, vollkommene Genugtuung. Die Manifestation, durch die die Bolschewisten die Sowjetregierung zu einer energiegelben Haltung gegenüber Deutschland aufgefordert hätten, sei eine Warnung für die deutsche Regierung.

\*

Die offizielle russische Telegraphenagentur, die gleichfalls eine Darstellung der Moskauer Ereignisse gibt, spricht davon, daß die Demonstration einen ganz elementaren Charakter trug und daß am Sonnabend noch nichts davon bekannt war. In „spontanen“ Weise der Nachbarn der Sowjetregierung“ haben eine viel zu hohe Meinung von der ausgezeichneten und oft bewährten Regie der Sowjetregierung, als daß wir uns über die „Spontanität“ der Demonstration irgendwelche Illusionen machen könnten. Vor allem aber wird der Mord an Worowitz auf die gleiche Stufe mit der Bollgeaktion gegen die Berliner russische Botschaften gestellt, darauf hinweisen, in wie weitgehender Weise die deutsche Regierung voriges Jahr die Sowjetregierung beleidigt haben und wie sehr die russische Botschaften als Agitationsobjekt ausgenutzt wurden. Wir wissen nicht, ob es in Moskau den Menschen erlaubt werden würde, der Leiche eines Gefallenen einer weltlichen Demokratie das Ehrengeleit durch die Straßen zu geben.

Gewiß, der Zwischenfall war überflüssig und bleibt unerwähnt, aber das Verhalten an der Erklärung eines Konflikts beweist nicht, nicht, indem man durch „spontane“ Protestveranstaltungen die Auseinandersetzung aus der Atmosphäre der Vernunft und des gegenseitigen guten Willens in die Welt der Straßenemoge und „antirationaler“ Schlagworte verfrachtet.

\*

unter den gefälligen Voraussetzungen und nur innerhalb der gefälligen Grenzen bestraft zu werden.“ Es kann auch im finanziellen Augenblicke geben, wo der Staat nicht in der Lage ist, alle diese von ihm selbst seinen Bürgern zu leisten, die er nicht in Bezug auf höhere finanzieller Aufgaben zum Besten der Gesamtheit des Volkes vor den Rechten eines einzelnen nicht bel machen kann. Eigentum und Freiheit, ja Leben und Ehre des einzelnen müssen unter Umständen höheren Gütern zu weichen, dem Wohl der Gesamtheit. Das Vaterland muß leben, wenn auch der einzelne in seinen Rechten beeinträchtigt wird, ja zugrunde gehen muß. Dann bedarf der regelmäßigen Lauf der Dinge, der Rechtslauf, in dem der Miller den Reing von der Schranke der ortszeitlichen Freiheit kann, in der Ordnung über den Staat aus dem letzten Schritt, dem Recht, nicht, sondern, einer Änderung, wenn nicht der Staat Gesetz laufen will, fähigen und schweren Schäden in seinem Bestande zu nehmen.

So erfordert der Ausnahmezustand begrifflich als ein vorübergehender, von den zuständigen Organen des Staates unter der Aufsicht des Parlamentes durchzuführen, der bestimmte rechtliche Wirkungen auslöst. Heute haben wir diesen Ausnahmezustand rechtlich nicht mehr. Art. 48 der Reichsverfassung ermächtigt die außerordentlichen Geiseln, die Verdringung und Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung über den Ausnahmezustand vorzuziehen. Die Befugnisse der Reichspräsidenten zu allen Maßnahmen, sofern sie der Befugnisse mit Ausnahme der vorübergehenden außer Kraft setzten Grundrecht nicht zu überlassen. Dabei ist ein naturgemäßes Vorgehen der Befugnisse notwendig. Sie müssen zur Wiederherstellung der Sicherheit und Ordnung erforderlich sein. Das muß also im einzelnen Falle unter Berücksichtigung aller Umstände geprüft und festgestellt werden. Nur dann, wenn die bedeutendste Maßnahme zu dem bestimmten Zwecke erforderlich und nötig ist, kann und darf sie auf Grund des Art. 48 getroffen werden. Die Befugnisse des Staat aus dem letzten Schritt, dem Recht, nicht, sondern, einer Änderung, wenn nicht der Staat Gesetz laufen will, fähigen und schweren Schäden in seinem Bestande zu nehmen.

So erfordert der Ausnahmezustand begrifflich als ein vorübergehender, von den zuständigen Organen des Staates unter der Aufsicht des Parlamentes durchzuführen, der bestimmte rechtliche Wirkungen auslöst. Heute haben wir diesen Ausnahmezustand rechtlich nicht mehr. Art. 48 der Reichsverfassung ermächtigt die außerordentlichen Geiseln, die Verdringung und Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung über den Ausnahmezustand vorzuziehen. Die Befugnisse der Reichspräsidenten zu allen Maßnahmen, sofern sie der Befugnisse mit Ausnahme der vorübergehenden außer Kraft setzten Grundrecht nicht zu überlassen. Dabei ist ein naturgemäßes Vorgehen der Befugnisse notwendig. Sie müssen zur Wiederherstellung der Sicherheit und Ordnung erforderlich sein. Das muß also im einzelnen Falle unter Berücksichtigung aller Umstände geprüft und festgestellt werden. Nur dann, wenn die bedeutendste Maßnahme zu dem bestimmten Zwecke erforderlich und nötig ist, kann und darf sie auf Grund des Art. 48 getroffen werden. Die Befugnisse des Staat aus dem letzten Schritt, dem Recht, nicht, sondern, einer Änderung, wenn nicht der Staat Gesetz laufen will, fähigen und schweren Schäden in seinem Bestande zu nehmen.

Strebendes ist vielfach aus politischen Beweggründen eine Parteibefugnisse über Befugnisse des Reichspräsidenten gehandelt worden. Diesen Wünschen kann nicht Rechnung getragen werden. Das Ausnahmerecht des Art. 48 der Reichsverfassung ist gewissermaßen das Naturerbrecht des Staates, das einzuwenden und einzuwenden politisch und rechtlich unmöglich ist. Die Befugnisse des Reichspräsidenten sind aber ausserordentlich wichtig. Man kann nicht sagen, daß die Befugnisse des Reichspräsidenten zu allen Maßnahmen, sofern sie der Befugnisse mit Ausnahme der vorübergehenden außer Kraft setzten Grundrecht nicht zu überlassen. Dabei ist ein naturgemäßes Vorgehen der Befugnisse notwendig. Sie müssen zur Wiederherstellung der Sicherheit und Ordnung erforderlich sein. Das muß also im einzelnen Falle unter Berücksichtigung aller Umstände geprüft und festgestellt werden. Nur dann, wenn die bedeutendste Maßnahme zu dem bestimmten Zwecke erforderlich und nötig ist, kann und darf sie auf Grund des Art. 48 getroffen werden. Die Befugnisse des Staat aus dem letzten Schritt, dem Recht, nicht, sondern, einer Änderung, wenn nicht der Staat Gesetz laufen will, fähigen und schweren Schäden in seinem Bestande zu nehmen.

## Der deutsch-russische Konflikt.

Ueber die Stimmung in Rufland erhält das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Arbeitsverleger von Chemnitz folgende Telegramme:

„Aber Seinerfassen und Petersburg in Moskau eingetroffen, finde ich eine Stimmung vor, die weit ist, voll gefühlten zu werden. Seit meiner Landung in Seinerfassen am letzten Montag beobachtet ich Thema alle Gefährde: Es ist Deutschland mit Ausland! Ich halte Gelegenheit, in Seinerfassen, Petersburg und Moskau Pfaffen und Deutsche über das Berliner Botschaftsamt zu sprechen. In Seinerfassen hielten die Pfaffen mehrere Versammlungen über den Berliner Botschaft, während zahlreicher Emigranten ihre Freude Ausdruck gaben über den angeleglichen Druck.“

„An der russischen Grenze umringelt mich allerhand Funktionäre und sprechen in Zone christlichen Bekenntens, aber aus größter Entfremdung von dem Bolschewismus. Petersburger Deutsche fordern eine Erklärung und Berechtigung, daß es die besten Pfaffen der ausländischen Botschaft der Botschaft. Im Auswärtigen Amt finde ich eine äußerst ernste Stimmung, deren Intention aufrechtig Bekenntnis und persönliche Entschuldigung ist. Reiter der höchsten Politiker, die ich sprach, kann ich eine Wortstellung machen von dem politischen Hintergrund der Berliner Ereignisse. Die russische Botschaft in St. Petersburg ist jetzt nicht bereit und bringt auf Erklärung des Falles. Ich brauche in amtlichen Kreisen dem höchsten Bemühen, die Haltung des deutschen Außenministers zu verstehen, wozon die „Spontane“ Bewegung absteht. Immerhin wird die Frage sehr ernst genommen und geleistet, daß die Regierung sich gegen die Berliner Politik durchsetzt.“

„In deutschen Kreisen wird das Vorgehen der Berliner Politik als höchst verurteilt, da es die mühsam aufgebaute wirtschaftliche Annäherung in Rufland schwer bedroht. Die innerpolitischen Kämpfe zwischen den Außenpolitikern und die im Auslande schwer ringenden Deutschen nicht gefähigen. Mosauer Deutsche erwarten von dem Außenminister Dr. Stresemann, daß er die besten Pfaffen der ausländischen Botschaft vor innerpolitischen Parteien und vor politischen Missgriffen behüte. Im Außenministerium hofft man, Stresemann werde sich ganz klar zur Beibehaltung des Rapallo-Vertrages aussprechen. In meinen Unterhaltungen in Finnland gewann ich den Eindruck, daß dort keine Sympathien für Sowjetland vorhanden sind, aber doch dennoch eine ernste Mißbilligung wegen des Verhaltens der Berliner Politik vorherrschte. Hier in Moskau habe ich überall in den letzten Kreisen die Empfindung bekommen, daß den Pfaffen die deutsche Freundschaft fern ist und daß die hiesige Regierung einen Druck wirklich tief befragen würde.“

\*

„Auch in Deutschland würde man, das ich schon mehrfach ausgeführt habe, einen Druck tief befragen, wenn ich Verantwortliche über eine Änderung des durch den Abbruch des Rapallo-Vertrages eingeschlagenen Kurses. In Berlin wünscht man eine zeitige Beilegung des Konfliktes. Da man in Moskau den Wunsch sieht, bedarf es nur noch der Zustimmung der russischen Regierung zu dem Vorschlag, die Pfaffen der ausländischen Botschaften, der von der deutschen Regierung ausgehen ist.“

Nom bei dem Anmarsch Samoilas nach der Schlacht bei Genuß existierte. Die Diktatur wurde nicht verändert, weil insofern rechtliche Ausübung dieser Entscheidung die Ausübung eines Diktators geführt haben würde.

Gerade wenn man aber die Notwendigkeit einer weitergehenden Diktatur würde auch im demokratischen Staate bedarf, muß man zum Besten der Entscheidung selbst bereit, daß ihrer Annahme die verfassungsmäßigen gesungen Grenzen auf genaue eingehalten werden. Es war der Mißbrauch der Diktaturgewalt, die im alten Rom zum Schaden des Staates dazu führte, daß die in Verfall getatene Einrichtung schließlich selbst eingestürzt wurde, so im anschließenden Augenblicke nicht mehr angenommen werden konnte. Es müßte die gleiche Gefahr durch eine Verfassungsmäßige Diktaturgewalt mit ganz bestimmten Grenzen übertragen werden ist, die zu überschreiten, eine außerordentliche Gefahr bedeuten würde.

## Amerika und das Volksbegehren.

Rebelhieb der „Postischen Zeitung“.

12. Mai, 1921.

„An der Deutschlandische Zeitung hielten die Verantwortlichen des Reichspräsidenten amerikanische Volksbegehren über den Dawes-Plan ginstig und geben der Hoffnung Ausdruck, die deutsche Währungsfrage werde, wie jetzt die französische, es werden, der gegenwärtigen beunruhigenden Lage ein Ende zu machen.“

## Die Wahlen in Japan.

Niederlage der Regierung?

Paris, 12. Mai, (W. Z. B.)

„Nach einer Zusammenkunft aus Tokio ist der Vorsitzende der Seiguntai, Takahashi, gewähnt worden. Die Konfessionl-Partei hätte gestern nachmittags 37, die Seiguntai-Partei 21 Stimmen. Es wird allgemein angenommen, daß die Regierung sich in der Winderbeit befindet.“

(Hierzu drei Beilagen.)

Verantwortlich für die Anzeigen: W. H. G. Berlin, Verlags- und Druck: W. H. G. Berlin.











